

Aufwärts

Bezugspreis:

Einzelheft 1.40 M. — Preis: Bei der Post geschickt
vierteljährlich 4.20 M. Durch den Briefträger oder Boten
2.20 M.

Christlich-nationales Tageblatt

mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.

Herausgeber D. Jäger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Kellern-
zeile 1.00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Rt. 206

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 4. September 1919

Jahrgang 1.

Mag alles finsten, wanken,
Dies Eine bleibet fest,
Gedanke der Gedanken,
Der nimmer finsten läßt:
Das große Licht der Zeiten,
Dein Heiland Jesus Christ,
Wird Strahlen um dich spreiten,
Wo alles finster ist!

Dies wage fest zu fassen,
Dies halte treu und fest;
Den schwöre nie zu lassen,
Der nimmer dich verläßt:
Der dich mit seinem Blute
Erlöst aus Nacht und Wahn,
Will, daß mit hellem Mute
Du wandelst deine Bahn!

C. M. Arndt.

Beßimismus.

Von Carl Karsten.

Es ist in den letzten Tagen bei uns viel von Beßimismus gesprochen worden. Man hat auch der Regierung vorgeworfen, daß sie durch Schwarzmalerei auf unsere Verhältnisse in einem Sinne wirke, der eine gedeihliche Förderung ausschließe. So hat kürzlich Abgeordneter David-John im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht, der die Behauptung aufstellt, alle die Versicherungen, die in Weimar vom Regierungstische aus gefallen seien, daß wir an der Grenze des Staatsbankrotts ständen, wenn nicht mit schnellen und energiegelassen Mitteln der Wiederaufbau unserer Finanzen gefördert werde, könnten nur gewissen kapitalistischen Interessen in die Hände arbeiten. David-John empfiehlt demgegenüber eine „kluge, weit vorausschauende, auf das Wesen der Masse des Volkes eingestellte Politik des Optimismus“. Die Streitfrage, ob es richtiger ist, die Dinge beim wahren Namen zu nennen oder ihre Schilderung auf den Instinkt der Masse in optimistischer Färbung einzustellen, ist nicht neuen Datums. Das alte Regime hat mit optimistischen Färbungen bis zum Überdruß gearbeitet, und sein Zusammenbruch ist nicht zum mindesten auf die Wirkung dieser Schönfärberei zurückzuführen gewesen. Man wollte das Volk im unklaren lassen über den furchtbaren Ernst der Lage, den die Entwicklung des Krieges und seiner Zusammenhänge für uns mit sich brachte. Diese Unaufrichtigkeit mußte um so furchtbarer wirken, nachdem einmal die positiven Ereignisse dem Volke die Überzeugung gebracht hatten, daß man ihm die Wahrheit verheimlichte. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, heute in diesen Fehler zurückzufallen. Die neue Form des Reiches legt das Schicksal unseres Staates und die Entscheidung über unsere Zukunft völlig in die Hände des gesamten Volkes. Das Volk selbst soll über seine Zukunft bestimmen. Es muß, um das zu können, auch rückhaltlos unterrichtet sein über unsere Lage. Es muß wissen, wie die Dinge liegen. Was früher in engen Zirkeln das Geheimnis einzelner war, soll und muß heute vor breiter Öffentlichkeit gesagt und erörtert werden, um jedem einzelnen Mitgliede des Volkes die Möglichkeit zu geben, einen klaren Einblick in das Debet und Kredit unseres Staates zu gewinnen. Man darf sich nicht scheuen, auch unangenehme Wahrheiten dem Urteil des Volkes zu unterbreiten. Nur dann wird das Volk von seinem Rechte und seiner Pflicht den richtigen Gebrauch machen können, die Quintessenz aus der tatsächlichen Lage zu ziehen, und daraufhin seine Mitwirkung an der Staatsentwicklung einzustellen sein. Daß wir am Rande des Staatsbankrottes stehen und uns vor diesem Bankrott nur mit Mitteln schützen können, deren Radikalismus früher ein Unding gewesen wäre, ist eine nicht mehr zu verheimlichende Tatsache. Man soll sie nicht verschweigen oder beschönigen. Man soll sie offen aussprechen. Nur dann wird man auch in den Massen des Volkes dieser Gefahr klar ins Auge sehen können und Maßnahmen begreifen und verstehen und an ihnen mitwirken, die bestimmt sind, dieser Gefahr zu begegnen.

Jede Volksherrschaft ist, wenn sie gedeihlich wirken soll, allerdings an eine Voraussetzung geknüpft: daß das Volk selbst urteilsfähig und imstande ist, aus einer klaren ungeschminkten Darstellung der Staatsverhältnisse die Folgerungen zu ziehen, die nötig sind, um den Staat aus den vorhandenen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Und dieses Vertrauen müssen wir zu der Mehrheit unseres Volkes haben, wenn wir nicht glauben sollen, daß eine Volksherrschaft über den Staat zurzeit bei uns noch nicht angebracht sein sollte. Gerade die Kommentare, die die Finanzlage Deutschlands vor der breitesten Öffentlichkeit gefunden hat, berechtigen aber zu der Erwartung, daß unser Volk den Ernst unserer Lage durchaus erfasst hat und bereit ist, in völliger Erkenntnis der Notwendigkeit auch die Opfer zu bringen, die es bringen muß, wenn wir nicht einem völligen finanziellen Ruin entgegengehen wollen. Es ist noch immer Art des Deutschen gewesen, einer Gefahr klar entgegenzublicken und bis ins kleinste rechtzeitig alle Vorbereitungen zu treffen, die dieser Gefahr die Spitze abzubiegen vermögen. Gerade der vierjährige Krieg hat bewiesen, welches Maß der Selbstaufopferungsfähigkeit in unserem Volke steckt. Man soll sich auch nicht dadurch täuschen lassen, daß der Zusammenbruch, der sich aus der Unmöglichkeit ergab, einer Welt von Feinden zu widerstehen, in weite Kreise unseres Volkes eine Entartung hineingetragen hat, wie sie wohl noch nie in so starkem Maße in unserem Volke sich breit machte. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein krasser Egoismus, die Sucht, nur den eigenen Vorteil im Auge zu haben, die Eier, die eigenen Taschen zu füllen, das Verlangen, aus dem Zusammenbruch für sich selbst, für einzelne Berufe, für gewisse Volksschichten besondere Vorteile herauszuschlagen, einen Umfang angenommen haben, der eine tatsächliche Gefahr für das Weiterbestehen des Staates in sich birgt. Es hieße aber jede Hoffnung zu Grabe tragen, wollte man diese Erscheinungen nicht als vorübergehende einschlagen und an der Erwartung festhalten, daß doch Zielstrebigkeit und Vernunft wieder Platz greifen werden in unserem Volksleben, nachdem einmal die Un Sinnigkeit dieses Egoismus des einzelnen und der Klasse auch in den Massen des Volkes wieder Selbsterkenntnis geworden ist. Eine solche Selbsterkenntnis zu schaffen, ist nicht nur Pflicht der Regierung, indem sie offen die Wunden, an denen wir franken, aufgedeckt und auf ihre Schädlichkeit, aber auch auf ihre Heilbarkeit hinweist. An dieser Aufgabe muß heute jeder mitwirken nach seinen Kräften, der den Willen hat, aus dem Zusammenbruch ein neues festes Reichgefüge aufzubauen. Nur so läßt sich unser Volk wieder zur Selbsterkenntnis erziehen und eine Zusammenarbeit aller schaffen, auf die sich ein neues Leben des Volkes und Staates gründet.

Nun hat es oft den Anschein, als ginge ein gewisser Zug des Fatalismus durch unser Volk. Man hört von einzelnen, von ganzen politischen Richtungen die Äußerung, daß wir doch unrettbar dem Untergang entgegengehen, und daß es zwecklos sei, gegen diesen bevorstehenden Untergang überhaupt noch seine Kräfte einzusetzen. Man kann begreifen, daß die gewaltigen Schicksalschläge, die Deutschland über sich ergehen lassen mußte, erschütternd auf den Willen einzelner Volksglieder oder ganzer Volkskreise wirken mußten. Aber diese Schicksalschläge können kein Grund sein, sich willens- und widerstandslos unter sie zu beugen. Wer gewesenen Herrlichkeiten nachweint und nicht die Hände rührt, sich ein neues Dasein mit allen Kräften zu schaffen, der ist freilich rettungslos verloren. Es ist eine Kunst nicht nur des Lebens des einzelnen, sondern auch des Staatslebens, sich auf den Boden der Verhältnisse zu stellen und aus ihnen heraus Mittel und Wege für eine Zukunft zu bereiten, die eine neue bessere Gestaltung des Daseins verspricht. In einem Volke, wie es das deutsche ist, steckt auch nach dieser furchtbaren Niederlage, nach dem Zusammenbruch dieses opferreichen Krieges noch eine reiche und unerschöpfliche Kraft, die mehr als hinreicht, die Schwierigkeiten und Gefahren des Augenblicks flegelnd zu überwinden. Es hieße die gerade immer am deutschen Volke gewürdigten Eigenschaften der Zähigkeit im Unglück und der aufbauenden Kraft unterschätzen, wollte man jetzt einer verzweifenden Stimmung der Hilflosigkeit einen maßgebenden Einfluß einräumen. Ein Volk von 60 Millionen kann nicht untergehen, wenn es den festen Willen zeit und durchführt, seine gesamte Kraft an einen neuen Wieder-

aufbau zu setzen. Gewiß, schwere Opfer wird der einzelne, wird das Volk bringen müssen. Opfer, die manchem heute noch über seine Kraft zu gehen dünken. Die Erfahrung wird aber lehren, daß auch diese Opfer sich werden bringen lassen, wenn nur alle, Starke und Schwache, aufs engste zusammenarbeiten. Einen Ausgleich der Kräfte bereitet die neue Zeit und ihre Gesetzgebung in Deutschland vor. In sozialer Hinsicht hat Deutschland stets an der Spitze der Völker gestanden. Das, was es jetzt in seiner sozialen Gesetzgebung niederzulegen sich anschickt, geht über alles hinaus, was je in einem Staatsleben für möglich gehalten wurde. Für die Schwachen unter uns wird gesorgt sein. Die Starken aber müssen um so eifriger ihre Kräfte anspannen, mag es nun sich um finanzielle Opfer für den Staat handeln oder um wertvolle Arbeit des Geistes oder der Hand. Zu dieser Erkenntnis werden wir kommen müssen und werden wir kommen. Dann aber ist die Zukunft unseres Volkes gesichert. (Deutsche Allg. Zeitung.)

Eine Versöhnungswoche.

So nannte das Bochumer sozialistische Volksblatt die Tage vom 24. bis 29. Juli in Witten, an denen es in drei stark besuchten Versammlungen zu einer Aussprache über Christentum und Sozialismus kam. Ein Bericht über diese Versöhnungswoche dürfte weit über die Gemeinde Witten hinaus alle Kreise unseres Industriebezirks fesseln. Ein „Ausschuh zur Verständigung zwischen Kirche und Sozialismus“, bestehend aus Pastor Nell in Witten und 4 sozialdemokratischen Arbeitern, hatte diese Versammlungen veranstaltet. Und wenn auch bei diesen Versammlungen Unkenntnis und Unverständnis, Mißtrauen und Verachtung gegen die Kirche und Christentum eine traurige Rolle spielten, schon das ist ein Erfolg, daß das Volksblatt den Ausdruck „Versöhnungswoche“ nicht etwa in ironischem Sinne gebrauchte, sondern diesen Versuch sehr ernsthaft als notwendig und möglich begrüßte.

Über die ganze Veranstaltung liegt ein ausführlicher Bericht vor, wesentlich aus der Feder von Pastor Nell, der auch die Entstehung des Versuchs schildert und in kurzen Thesen die Voraussetzungen und die Folgerungen der Vorträge zusammenfaßt. Er besteht in einem Heft von 32 Seiten, betitelt: „Ein Anfang der Verständigung zwischen Sozialismus und Kirche“, vom Westd. Lutherverlag G. m. b. H. in Witten für 50 Pfg. (100 Stück 40 Mark) zu beziehen. Das Heft wird hiermit allen dringend empfohlen, die über den Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Kirche trauern; und wer täte das nicht? Es ist in Witten jedenfalls ein Versuch, wahrscheinlich wirklich ein Anfang zur Verständigung gemacht worden, der Beachtung und Nachahmung verdient. Er ist schon deshalb aussichtsreich, weil er in seinen Wurzeln echt ist. Er entspringt nämlich den seelsorgerlichen Beziehungen von Pastor Nell zu einem Mitglied seiner Gemeinde, einem sozialistischen Arbeiter, der sich ihm gegenüber über die Gründe seiner Unkirchlichkeit aussprach. Das führte zu Besprechungen zunächst mit diesem Manne, dann auch mit seinen Freunden. Und aus diesem kleinen Kreis bildete sich schließlich ein Ausschuh, der nach einer Einigung auf bestimmte Grundsätze die Veranstaltung öffentlicher Besprechungsabende beschloß. Die wichtigsten dieser Grundsätze, vollständig abgedruckt in dem genannten Heft, die zugleich die Richtung des Ganzen angeben, sind folgende: 1. Die Kirche im eigentlichen Sinne, wie sie sein soll, ist Seelsorgeanstalt, zunächst für Einzelne, und zur Durchdringung des Volksganzen mit den Gedanken und Kräften des Evangeliums. 2. Der Sozialismus bedarf außer seinen politischen und wirtschaftlichen Organisationen einer parallel laufenden seelsorgerlichen Vertiefung seiner Glieder in religiös-sittlichem Sinn des Christentums, sowie eines religiösen Ideals, wie es in Jesu Volksherrschaft vom Reich Gottes ausgesprochen ist. Es ist besonders bei dieser These zu beachten, daß sie aufgestellt ist nicht von einem Pastor, sondern von Sozialdemokraten; und sie berührt sich mit vielen anderen Stimmen aus diesen Tagen; man denke nur an das Wort des Reichskanzlers Bauer von der notwendigen Revolution des sittlichen Bewusstseins. Außer dieser Erkenntnis wirkte hoferfreulich der Eifer dieser Männer um das Zustandekommen der großen Versamm-

lungen in der Veröhnungswoche; unermüdet warben sie, verbreiteten Handzettel, sorgten für alle Außerlichkeiten, und der Erfolg war groß. Zu dem letzten Vortrag waren mindestens 2000 Menschen erschienen, und trotz mancher Störungsversuche konnten alle drei Abende ruhig zu Ende geführt werden. Zu ihrem Gelingen trug sehr bei die Leistung durch Sozialdemokraten — so derb und rücksichtslos konnten nur sie den Ruhestörern entgegenreten — und der Umstand, daß die Vorträge in einer Hand waren. Alle drei Vorträge: „Was wollen wir?“, „Jesus als Volksfreund“, „Die Entwicklung der Kirche zur Volkskirche“ hielt Pastor Olmar aus Bochum. Dadurch war auch die innere Einheitlichkeit gewahrt. An die Vorträge knüpfte sich dann jedesmal eine lebhafte Besprechung an; oft freilich war sie quälend durch ermüdend lange unsachliche Ausführungen, durch Offenbarungen bodenloser Unkenntnis und Ausbrüche erbitterten Mißtrauens. Aber aus all dem Stimmungswir heraus, das merkte man besonders an der Aufmerksamkeit, welche die Pastoren in der Besprechung fanden, vernahm man immer wieder die Bitte: „Kommt herüber und helft uns!“ Es sind jetzt andere Zeiten, als damals, als Stöcker seine Veröhnungsversuche machte. Damals hat es sich wohl wirklich um die Entscheidung gehandelt: entweder für die Sozialdemokratie oder für die Kirche. Heute geht ein Sehnen durch weite Kreise der Sozialdemokratie, die nicht lassen wollen von dem, was sie als Wahrheit und Zukunft des wirtschaftlich-politischen Lebens erkannt zu haben glauben, und die doch spüren: eins fehlt uns, das eine, was nur das Evangelium hat. Dieses Sehnen zu wecken, zu leiten und zu befriedigen ist jedenfalls heute eine der vornehmsten Aufgaben der Kirche. — In Witten sollen vorläufig nicht wieder öffentliche Versammlungen dieser Art sein. Der Verständigungsausschuß aber setzt seine Arbeit fort; jede Woche einmal ruft er Freunde der Verständigung zusammen, um die Frage weiter zu behandeln. Zu gleichen Versuchen in anderen Städten zu ermuntern und um Mitteilung der Erfahrungen damit an Pastor Kell zu bitten, ist der Zweck dieser Zeilen. Pastor Wölter-Witten.

Der erste Gefangenentransport.

Tausend nichtverwundete Gefangene heimgeführt.

Die ersten 1000 unverwundeten deutschen Kriegsgefangenen trafen am Montag vormittag in Köln ein; sie wurden von dem Offizier der Abnahmekommission und dem Vertreter des Generalkommandos des Brückenkopfes Köln empfangen und in Richtung auf Durchgangslager Meschede weiter geleitet. Unter den Gefangenen befinden sich 22 Einkamerländer, die nach dem Durchgangslager Delbrück bei Köln gebracht wurden. Der Transport kommt aus dem englischen Lager Etaples bei Dunkirchen, das mit 5000 Mann besetzt ist. — Ueber zwei Jahre bildeten sie zwei Arbeiterkompanien von je 500 Mann. Ihr Verhältnis zu den Wachmannschaften war sehr gut. Die Angekommenen sehen gut genährt aus und sind mit guter Kleidung versehen. Weitere Gefangenen- und Lazarettzüge aus englischen Lagern in Nordfrankreich sollen noch in dieser Woche in Köln eintreffen.

Die Meldungen von dem guten Befinden der Heimgeführten darf niemand in Erläunen setzen, wenn er die Praxis der Feinde, mit dem Besten zu glänzen, um das Dunkle zu verkleinern, in Betracht zieht. Wie

kurzlich zurückgelehrte Gefangene mitteilen, hat man drüben vor der Heimbeförderung eine „Vorbereitungszelle“ plötzlich einsetzender guter Behandlung durchzumachen, wodurch natürlich die vergangene Leidenszeit fast vergessen, besonders fühlbar gemacht wird. Die Bewachungsmannschaften sind aus Deutschland zurückgelehrte feindliche Gefangene. Anstatt sich dabei, wie die Feinde erwarteten, für die „Greuel“, die angeblich an ihnen bei uns verübt wurden, zu rächen, sind diese Leute bemüht, die tatsächlich gute Behandlung in deutscher Gefangenschaft zu entziffern, indem sie, wie häufig vorgekommen ist, aus ihrer Beschämung über den Unterschied keinen Hehl machen.

Die Züge wurden ohne jede Benachrichtigung der deutschen Behörden von den Engländern losgelassen. Allem Anschein nach liegt nur der Wunsch der Engländer vor, das Lager Etaples bei Dunkirchen so schnell wie möglich von den Deutschen zu räumen. Die offiziellen Verhandlungen über die Rückführung der Gefangenen stehen unmittelbar bevor, deshalb ist es um so wunderlicher, daß die Engländer diese Verhandlungen nicht abgewartet haben, sondern schon vorher mit dem Abtransport begannen. Die Räumung der englischen Lager in Frankreich ist anscheinend aus Zweckmäßigkeitsgründen schon vor dem Beschluß des Rates in Paris begonnen worden. Der Abtransport dieser Gefangenen wird nun anscheinend selbstständig weitergeführt.

Heimkehr deutscher Verwundeter aus England.

Der Dampfer „St. Denis“ traf aus Dover im Hafen von Rotterdam mit 308 verwundeten deutschen Kriegsgefangenen, darunter auch Krüppeln und etwa 20 Schwerverwundeten und Erblindeten ein. Die Gefangenen wurden am Montag im Lazarettzug nach der Heimat weiter befördert.

Hilfsorgane der Stadt Frankfurt für die heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Für Frankfurt a. M. wird mit der Heimkehr von rund 5000 Kriegsgefangenen gerechnet. Der Magistrat beabsichtigt, die Organisation für Kriegsgefangenen-Heimkehr für alle Heimkehrenden als Geschenk der Stadt Frankfurt eine Garnitur Wäsche zur Verfügung zu stellen. Es wird hierfür ein Betrag von 150 000 Mark benötigt. Den aus der Gefangenschaft zurückkehrenden städtischen Beamten, angestellten Hilfsarbeitern und Arbeitern wird zunächst ein Urlaub von 4 Wochen unter Zahlung von Gehalt, Gebühren oder Lohn gewährt, wenn sie unmittelbar nach ihrer Entlassung sich zum Dienstantritt melden.

Der bedrohte Osten.

Neue Polenangriffe in Oberschlesien.

Die polnischen Banden erneuern immer wieder ihre Angriffe auf deutsches Gebiet. Bei einem abgewiesenen Bandenangriff auf eine Feldwache bei Wagramsdorf wurden Angreifer in französischen Uniformen beobachtet. Am Sonntagabend sind der Bahnhof und die Feldwache von Gottschalkowitz verloren gegangen und wieder gewonnen. Ein polnischer Bandenangriff auf unsere Grenzschutztruppe bei Gottschalkowitz wurde unter Mitwirkung eines Panzerzuges abgewiesen. Feldwache Gottschalkowitz wurde nach Feuertorvorbereitung durch Wismenwerfer, die auf polnischem Gebiet aufgestellt waren, von Banden angegriffen. Der im Bahnhof Gottschalkowitz eingedrungene Feind wurde durch Gegenstoß zurückgeworfen. Versuche von Aufständischen, die Bahnbrücke nördlich Tarnowitz, sowie Fernsprechkabel und Telegraphenleitungen zu zerstören, wurden vereitelt. In dem Grenzort Dzieditz wurden angeblich als Vergeltung für die Beschädigung einer Brillefabrik durch deutsche Geschosse Zoll- und Eisenbahnbeamte festgenommen und teilweise unter Mißhandlungen nach Polen verschleppt.

Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Landesverfassungen ausgeübt.

Artikel 6.

Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über:

1. die Beziehungen zum Ausland;
2. das Kolonialwesen;
3. die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, die Ein- und Auswanderung und die Auslieferung;
4. die Wehrverfassung;
5. das Münzwesen;
6. das Zollwesen sowie die Einheit des Zoll- und Handelsgebiets und die Freizügigkeit des Warenverkehrs;
7. das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens.

Artikel 7.

Das Reich hat die Gesetzgebung über:

1. das bürgerliche Recht;
2. das Strafrecht;
3. das gerichtliche Verfahren einschließlich des Strafverfahrens sowie die Amtshilfe zwischen Behörden;
4. das Patentrecht und die Fremdenpolizei;
5. das Armenwesen und die Wandererfürsorge;
6. das Presse-, Vereins- und Versammlungswesen;
7. die Bevölkerungspolitik, die Mutterkürsorge, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge;
8. das Gesundheitswesen, das Veterinärwesen und den Schutz der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;
9. das Arbeitsrecht, die Versicherung und den Schutz der Arbeiter und Angestellten sowie den Arbeitsnachweis;
10. die Einrichtung beruflicher Vertretungen für das Reichsgebiet;
11. die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen;
12. das Entlohnungsrecht;
13. die Vereinfachung von Naturwissenschaften und wirtschaftlichen Unternehmungen sowie die Erzeugung, Herstellung, Verteilung und Preisgestaltung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft;

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung begaben sich am Dienstag die Generale Dupont, Moscolim und Bencivenga, die Chefs der fremden Militärmissionen in Berlin nach Oberschlesien, um sich mit der bereits dorthin entsandten interalliierten Militärkommission zu vereinigen. Die Befugnisse dieser Kommission werden dadurch selbstverständlich nicht geändert.

Rom deutschen Standpunkte kann es nur willkommen sein, wenn die mit den Verhältnissen bereits vertrauten Chefs der alliierten Militärmissionen sich an Ort und Stelle von der wirklichen Lage überzeugen.

Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Besetzung Oberschlesiens durch fremde Truppen schon vorzeitig erfolgen werde, enthalten jeder Grundlage.

Polnische Rüstungen.

Wie das „Polnische Pressebureau“ meldet, wurde mit dem Sitz in Warschau eine Aktiengesellschaft für Munitionsfabriken unter dem Namen „Projektile“ gegründet. Die neue Gesellschaft wird über ein Kapital von 40 Millionen Kronen verfügen und circa 2000 Arbeiter beschäftigen. Das „Polnische Pressebureau“ bezeichnet die Gründung dieser Fabriken als ein wirtschaftliches, militärisches und politisches Ereignis.

Der Deutschentag in Tirschtiegel.

In Tirschtiegel fand in dem bedrohten Gebiete an der künftigen Reichsgrenze eine gewaltige deutsche Kundgebung statt, veranstaltet vom Volkskreisrat Meseritz. Das Schicksal der Städte und Dörfer an der Seentette von Bentsch bis Tirschtiegel ist noch nicht völlig entschieden, deswegen galt es, noch einmal das Deutschtum zusammenzufassen und es auf das Kommen der Grenzkommission vorzubereiten. Männer und Frauen aller Stände sprachen, und wie ein Schwur klang das Bekenntnis zum Deutschtum selbst für den Fall, daß auch diese rein deutsche Gegend geraubt werden sollte. Stehend wurden die vaterländischen Lieder gesungen. Erschütterte gedachte man der Heldentat die es Gebietes, da die Bewohner von Tirschtiegel und die deutschen Bauern und Ansiedler der östlich davon liegenden Dörfer sich im Januar dem Anprall der polnischen Revolutionäre entgegenwarfen und ihn zurückgeschlagen hatten. Diesen Leuten ist die Sache des Feindes gewiß, trotzdem wollen sie aushalten. Möge man deutscherseits alles daran setzen, die Bevölkerung dieses blühenden, ferndeutschen Landstreifens dem drohenden Geschick zu entreißen — das war der Wunsch, der aus aller Mund und Herzen klang. Während man hier tagte, fand südlich, in der Nähe von Bentsch, ein erneuter polnischer Angriff statt, der, wie immer, von dem tapferen Grenzschutz abgewiesen wurde.

Der Treuspruch der Ostpreußen.

Nach Beendigung der Tannenberg-Gedenkfeste in Königsberg i. Ostpr. wurde nachfolgende Prägung an Generalfeldmarschall v. Hindenburg gerichtet: „Ueber 30 000 Teilnehmer an der Tannenbergfeier brachten heute wiederholt das tiefste Dankesgefühl gegen Ew. Erzellenz als Ketter ihrer Heimat zum Ausdruck und gelobten, das Vertrauen, das Ew. Erzellenz in die Preußen setzen, zu rechtfertigen und dazu beizutragen, daß deutsch bleibe, was deutsch ist. In tiefer Ehrerbietung der Ostpreußen Heimatdienst, der Majuren- und Ermländerbund und das 20. Artmeekorps.“

Selbst unsern Auslandsdeutschen!

Auslandspolitik und Rückwanderer.

Das Verhältnis des Reiches zu den Auslandsdeutschen ist in vergangenen Zeiten nicht immer das beste gewesen. Wir Deutschen müssen zu unseren Reklern

Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Rom 11. August 1919.

Es wird für unsere Leser von Interesse sein, die neue Verfassung des Deutschen Reiches im Wortlaut kennen zu lernen. Wir werden dieselbe nach dem Reichsgesetzblatt fortlaufend hier unter dem Strich zum Abdruck bringen und bitten die Leser, die Nummern entweder aufzuheben oder den Teil auszuschneiden, da es bei Verfolgung politischer Vorgänge von Wichtigkeit ist, bestimmte Artikel und Paragraphen nachschlagen zu können.

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Erster Hauptteil

Aufbau und Aufgaben des Reichs.

Erster Abschnitt

Reich und Länder.

Artikel 1.

Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 2.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.

Artikel 3.

Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.

Artikel 4.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.

14. den Handel, das Maß- und Gewichtswesen, die Ausgabe von Papiergeld, das Bankwesen sowie das Börsenwesen;

15. den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit Gegenständen des täglichen Bedarfs;

16. das Gewerbe und den Bergbau;

17. das Versicherungswesen;

18. die Seeschifffahrt, die Hochsee- und die Küstenschifffahrt;

19. die Eisenbahnen, die Binnen-Schifffahrt, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie den Bau von Landstraßen, soweit es sich um den allgemeinen Verkehr und die Landesverteidigung handelt;

20. das Theater- und Lichtspielwesen.

Artikel 8.

Das Reich hat ferner die Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden. Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zustanden, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen.

Artikel 9.

Soweit ein Bedürfnis für den Erlass einheitlicher Vorschriften vorhanden ist, hat das Reich die Gesetzgebung über:

1. die Wohlfahrtspflege;

2. den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Artikel 10.

Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundzüge aufstellen für:

1. die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften;
2. das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und das wissenschaftliche Bibliothekswesen;
3. das Recht der Beamten aller öffentlichen Körperschaften;
4. das Bodenrecht, die Bodenverteilung, das Anlieferungs- und Heimstättenwesen, die Bindung des Grundbesitzes, das Wohnungswesen und die Bevölkerungsverteilung;
5. das Bestattungswesen.

(Fortsetzung folgt)

Reichsregierung und haben sich am Dienstag in und Benc. Militärmissionen in mit der bereits dort. Militärkommission zu Kommission werden.

enn es nur willk. Missionen bereits ver. Missionen sich an Lage überzeugen. te, daß die im Frie. Oberschleisens durch erfolgen werde, ent.

en. „eau“ meidet, wurde. „Projektile“ ge. über ein Kapital und circa 2000 W. Pressebureau“ be. riken als ein wirt. sches Ereignis.

irischtiel. bedrohten Gebiete. gewaltige deutsche Volkskreise. Me. Dörfer an der Regel ist noch nicht. galt es, noch ein. fassen und es auf. zubereiten. Män. chen, und wie ein. in Deutschland selbst. in deutsche Ge. ehend wurden die. Erschütterung gedachte. da die Bewohner. Bauern und Anstie. refer sich im Januar. utionäre entgegen. ten. Diesen Leuten. dem wollen sie aus. alles daran setzen. ferndeutschen Land. u entreißen — das. Mund und Herzen. and südlich, in der. polinischer Angriff. abferen Grenzschu.

renken. berg-Gedächtnisfeier in. ftehende Dichtung. nburg gerichtet: er Tannenbergfeier. Dantesgefühl gegen. imat zum Ausdruck. in. Erzählung in. n und dazu beizug. a deutsch ist. tische Heimatdienst, und das 20. Ur.

nddeutschen! wanderer. den Auslandsdeut. ht immer das beste. n unseren Kehlern

htswesen, die Aus. ntweisen sowie das. Genuttmitteln sowie. darfs;

die Küstenfischerei; rt, den Verkehr mit. ser und in der Luft. weit es sich um den. Landesverteidigung

g über die Abgaben. g oder teilweise für. werden. Nimmt das. en in Anspruch, die. s auf die Erhaltung. t zu nehmen.

einheitlicher Vor. Gesetzgebung über: und Sicherheit.

gebung Grundzüge. ionsgesellschaften; hochschulwesens und. fentlichen Körper. , das Anstiehung. des Grundbesitzes, fterungsverteilung;

rtsetzung folgt.)

seider auch den rechnen, daß wir es herzlich schlecht verstehen, eine lebendige und innige Verbindung mit unseren ausgewanderten Volksgenossen aufrecht zu erhalten und sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu pflegen. Die Folgen davon hat uns, da wir vorher weder Augen noch Ohren für die Zeichen der Zeit hatten, der Krieg mit überzeugender Deutlichkeit gezeigt: Trotzdem ein Drittel aller Deutschen im Auslande lebte waren diese 30 Millionen kein ausreichender Sauerzweig, um die Welt von der Gerechtigkeit der deutschen Sache zu überzeugen. Lag es daran, daß die Auslandsdeutschen selbst nicht mehr genügend durchgeäuert waren? Wenn wir zu Vorwürfen geneigt sind, können wir sie nur uns selber machen: Wir haben seit Jahr und Tag zu wenig getan, die Sammelbecken deutschen Wesens und deutschen Geistes im Auslande zu speisen, und es mußte sich deshalb das Wort erfüllen: Von nichts kommt nichts.

Allerdings dürfen wir auch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir müssen im Gegenteil dankbar anerkennen, daß unsere Auslandsdeutschen in umfangreichem Maße glänzende Proben ihrer Treue zum alten Vaterlande gegeben haben. Trotz Trübsal und Verfolgung hielten sie zu deutschem Namen und Wesen und erduldeten — oft in größerem Umfange als viele daheim — Verlust an allem, was ihnen lieb und teuer war, nur um des einen Grundes willen, weil sie deutsch waren und bleiben wollten. Ihre Treue müssen wir um so höher anschlagen, als viele von ihnen auf vereinigten Posten standen und keine Verbindung mit der Heimat pflegen konnten. In ihnen, die also deutsches Wesen nur aus dem Innersten zu schöpfen vermochten, hat sich herrlich der Geist wahren Deutschtums bewiesen, und wenn wir diese Treue auch nicht mit Kreuzen und Orden lohnen konnten, so dürfen wir doch nimmermehr diesen sittlichen Opfergeist der geraden Tat in Vergessenheit geraten lassen. Im Gegenteil, wenn etwas uns aus der Stille der ferneren Eiten wieder zu heben vermag, so sind es die Beispiele dieser Taten, die zu sammeln ein Verdienst unserer Tage wäre.

Aber wir haben ja mehr als die Erinnerung an Vergangenes: die Träger dieser Taten weilen ja unter uns, das feindselige Ausland gibt uns die besten unserer Söhne zurück. Die Stachelndrahtverhaue öffnen sich und unsere internierten Auslandsdeutschen kehren heim. Nicht heim zu jener Scholle, die sie sich in der Ferne geschafft und auf der sie deutsche Sitte und deutsche Gewohnheit gepflegt hatten: nichts von alledem hat ihnen der aufgepeitschte Haß und Haß unserer früheren Feinde gelassen. Heim kehren sie zu uns ins alte Vaterland als Ausgeraubte, Gebeugte und Erschlagene.

Kommen sie als Fordernde? Nein. Aber doch mit der stillen Bitte, mit der jeder Sohn ins Vaterhaus zurückkehren würde, wenn die ganze Welt ihm Zuflucht verweigerte: Nehmt mich noch einmal auf, damit ich wieder Kraft schöpfen und mir das Müste- und Wertzeug schaffe, mit dem ich wieder hinausziehen will, wenn die Sturmflut vorüber ist. Denn das ist ja das Große und Bewundernswerte an unseren Auslandsdeutschen, daß sie den Mut nicht verloren, daß sie den Kopf oben und das Herz auf dem rechten Fleck behalten haben. Sie sind nicht klein zu kriegen.

Sollten wir die Hand zurückziehen, von der sie Hilfe erwarten? Das wäre allerdings nach dem Sinn unserer Gegner. Denn unsere tatkräftigen Auslandsdeutschen sind ein mächtvolles Hindernis gegenüber allen Verjuden von übelwollender Seite, unseren Welthandel und unseren Weltverkehr auszurotten. Wir dürfen also, wenn wir uns selbst nicht gänzlich aufgeben wollen, diesen Wunsch unserer Feinde nicht erfüllen. Gegen den Friedensvertrag stoßen wir damit glücklicherweise nicht. Aber es wäre ein ungeheurer Verlust gegen alles, was vor deutschem Gewissen recht und billig ist, wenn wir unseren, zu Hunderttausenden heimgekehrten Rückwanderern nicht alle Hilfe und Förderung bieten würden, zu der wir im Stande sind. Freilich haben wir selbst nicht viel, das ist richtig; aber sie besitzen gar nichts, und das ist doch wohl noch ein kleiner Unterschied.

In Erkenntnis dieser Tatsache hat sich ein alle politischen Parteien umfassendes und von allen Religionsbekenntnissen beschütztes und gefördertes Hilfswerk gebildet, dessen Träger 15 unserer größten Wohlfahrtsorganisationen sind. Es führt den Namen „Rückwandererhilfe“ und hat neben der in Berlin, Tauentzienstraße 6, befindlichen Hauptstelle bereits 300 Ortsgruppen im Reich begründet, deren eine die Arbeit auch in unserer engeren Heimat aufgenommen hat. Der Aufruf, mit dem die Rückwandererhilfe sich an die Öffentlichkeit wendet, ist von den bekanntesten Namen der Gegenwart unterzeichnet.

Soffer wir, daß das deutsche Volk noch nicht müde geworden ist zum Geben, und daß dieser erste Hilferuf nicht ungehört verhallt. Hilfe für unsere Auslandsdeutschen ist Selbsthilfe im Interesse jedes einzelnen Volksgenossen, denn auch ohne ihre Mitarbeit können unsere zerstörten weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht wieder aufgebaut werden.

Der Kampf gegen die Sowjet-Republik.

Englischer Geheimvertrag mit den russischen Gegenrevolutionären.

Die Genfer „Feuille“ berichtet von einem Geheimabkommen zwischen England und der neuen Regierung Nordwestrusslands. Nach dem Vertrag verpflichtet sich England u. a., mit allen Mitteln die neue Regierung im Kampf gegen den Bolschewismus und besonders in ihren Bemühungen um die Befreiung Petersburgs zu unterstützen, ihr Munition und moderne Kriegsmittel wie Tanks, Flugzeuge usw. zu liefern, nach dem Sturz des Bolschewismus der Regierung einen besonderen Kredit bis zur Höhe von einer Milliarde Rubel zum Ankauf von Maschinen und Rohstoffen für die Wiederherstellung der russischen Industrie einzuräumen.

Rußland ist ferner verpflichtet, sich, alle besonderen Interessen Englands im Baltikum anzuerkennen, den baltischen Ländern Gelegenheit zur Ausübung ihrer Selbstbestimmungsrechte zu geben, offiziell nach dem Fall von Petersburg kein Desinteressement in

der perfischen Frage zu erklären, alle Schulden der ehemaligen Regierungen anzuerkennen, auf jeden besonders bedeutenden Einfluß in Deutschland zu verzichten, solange mit England auf Grund des abgeschlossenen Kredit- noch Lieferungsverträge bestehen, eine demokratische Regierung einzusetzen, die sich auf das gleiche Wahlrecht und auf die Gleichberechtigung aller Bürger vor dem Gesetz stützt.

Die letzten Nachrichten von der nordwestrussischen Kampflinie lauten nicht ermutigend. Die Niederlage des Generals Judentich bei Pleskau stellt sich als ein großer Sieg der Bolschewisten heraus. Nähere Nachrichten besagen, daß ein Teil der Truppen Judentichs schon vor den entscheidenden Kämpfen auseinandergefallen oder doch unsicher geworden sei, es habe auch zahlreiche Ueberläufer zu den Bolschewisten unter ihnen gegeben. Die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Pleskau ist infolgedessen sehr bedrohlich. Der Frontdurchbruch, der Bolschewisten ist vollständig gelungen. Die lettische Regierung hat sich genötigt gesehen, die baltische Landeswehr beschleunigt an die Front zu senden, um der äußersten zu verhüten. Öffentlich gelingt es, einem weiteren Vordringen der roten Armee in Estland Einhalt zu gebieten; nach allen Nachrichten sind aber die Bolschewisten nicht nur in großer Ueberzahl, sondern auch vorzüglich bewaffnet und ausgerüstet. Zugleich droht auch dem südlichen Teil der Abwehrfront neue Gefahr von starken roten Truppenkörpern, die sich im Raum von Dünaburg gesammelt haben.

Englische Offensive bei Archangelsk.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß britische Flieger an der Archangelskfront auf Jemza Bomben geworfen haben. Hierauf nahmen 2000 australische Infanteristen nach heftiger Beschließung diesen Ort. Vier bolschewistische Kommissare und 500 Mann wurden gefangen genommen und mehrere Geschütze erbeutet. Die britischen Verluste betrugen 2 Offiziere und 50 Mann.

Deutsches Reich.

In München ist eine Kommission von alliierten Offizieren eingetroffen, um gemäß den Bedingungen des Friedensvertrages die Vorräte an Waffen und Munition festzustellen.

Die Kartellkommission der freien Gewerkschaften der besetzten Gebiete, in der 400 000 Mitglieder vertreten sind, erhebt in einer Entschließung Protest gegen die jüngsten Rüstungsveruche Dorens und Genossen in der Rheinpfalz.

Die estländische Regierung ermächtigte den Außenminister, einen Vertreter der Republik nach Deutschland zu entsenden. In Riga traf die deutsche Gesandtschaft mit dem gesamten Personal zum ständigen Aufenthalt ein.

Die Beschaffungsbeihilfe für die Reichsbeamten wird, wie amtlich festgestellt wird, schon in den nächsten Tagen ausgezahlt werden. Die darauf bezüglichen Verfügungen sind bereits erlassen. Für die preussischen Beamten wird sich die Zahlung anschließen, sobald die Zustimmung der Landesversammlung vorliegt.

Der Alldeutsche Verband hat in Berlin eine Tagung des Gesamtvorstandes abgehalten, auf der der Vorsitzende Claß-Mainz sich besonders gegen die Politik während des Krieges und seit der Revolution wandte.

Die Saarbrücker Stadtverwaltung hat dem Präsidenten Polnare bei seiner Anwesenheit in Saarbrücken eine Denkschrift überreicht, mit der Bitte um Herbeiführung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Stadt Saarbrücken mit Elßaß-Vöhringen.

Reichswehrminister Roste über die Herabsetzung der Heeresstärke. Wie der Reichswehrminister in einem Erlaß vom 28. August betont, kommt es bei der bevorstehenden Heeresverminderung hauptsächlich darauf an, den Wert und die Verwendbarkeit der Truppenteile möglichst wenig durch willkürliches oder schematisches Zerreißen bestehender und bereits bewährter Verbände zu schädigen. — Soweit irgend angängig, muß es auch vermieden werden, erprobte Führer von ihren Mannschaften zu trennen, die ihnen bisher unterstanden. Es können daher in besonders begründeten Fällen auch junge, besonders bewährte Führer des aktiven Dienststandes zunächst in ihren Kommandos belassen werden, um sie ihren von ihnen geschaffenen und mit Erfolg geführten Verbänden für erste zu erhalten. Die Generalkommandos haben solche begründeten Anträge baldigst der Reichswehr-Befehlsstelle (Personalamt) vorzulegen.

Graf Goltz für die Republik. Bei einer Parade der Ehrenten Division in Mittau erklärte Graf Goltz in einer Ansprache, alle wüßten, daß er die Weigerung der Truppen, abzufahren, mißbillige. Er könne sich nicht an die Spitze einer Bewegung stellen, die gegen seinen Befehl gehe. Seine Pflicht sei es, auf die Schwierigkeiten der Anstellung im Baltikum aufmerksam zu machen. Er hoffe aber, daß England und Deutschland die Notwendigkeit des Verbleibens der Truppen einsehen würden. Sonst müsse gehorcht werden. Die Welt sei von der Güte der Truppen zu überzeugen. Wenn alle das Vaterland liebten, werde die neue deutsche Republik aufblühen. Mit diesem Ziel vor Augen hätten die Truppen jedem Befehl zu folgen.

Die Lage in der Pfalz ist immer noch nicht ganz geklärt. Noch wird einer der Verhafteten, der Briefträger Fuhrmann, von den Franzosen im Gewahrsam gehalten mit der Begründung, daß die Voruntersuchung gegen ihn noch nicht abgeschlossen sei. Fuhrmann ist einer der Beamten, die neben dem Postverwalter See standen, als dieser erschossen wurde, und der bezogen tann, daß See von einem französischen Soldaten erschossen wurde. So lange dieser Mann noch nicht auf freiem Fuße ist, kann der Generalfeldmarschall nicht stündlich ausbrechen. Zurzeit wird noch verhandelt. — Die Verurteilung des ermordeten Postverwalters Ludwig See wurde zu einer imposanten Kundgebung für die Reichstreue der Ludwigshafener Bürgerschaft. Die Arbeiter aus den Mannheimer Betrieben, die in Ludwigshafen wohnen, hatten schon um 12 Uhr die Arbeit niedergelegt, um an der Kundgebung teilzunehmen. Man sah die Arbeiter ganzer Fabriken geschlossen zum Friedhof wandern. Durch alle Reden, die am Grab gehalten wurden, flang der feste Wille durch, jetzt das französische Unterdrückungssystem endgültig abzuschütteln. — Ministerpräsident

Hoffmann und der Präsident des bayerischen Landtages haben an die Oberpostdirektion in Speyer und an das Bürgermeisteramt in Ludwigshafen je ein Schreiben gerichtet, in dem die Beamten des Ludwigshafener Hauptpostamtes für ihr vaterländisches Verhalten der herzlichste Dank des Vaterlandes ausgesprochen wird.

Zerkörung deutscher Luftschiffe. In England wird die Nachricht verbreitet, daß die Mehrzahl der deutschen Luftschiffe, die nach dem Friedensvertrag zur Ablieferung bestimmt waren, zerstört worden seien. Wie die „Bos. Hg.“ dazu erfährt, ist ein Teil dieser Luftschiffe schon während des Krieges, und zwar in den letzten Wochen desselben, demontiert und zerlegt worden, weil sie nicht mehr kriegsfähig waren. Sieben andere Luftschiffe aber sind im Anschluß an die Tat von Scapa Flow von ihrer eigenen Mannschaft tatsächlich zerstört worden.

Das deutsche Transportgewerbe gegen die Sozialisierungspläne. Die Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe Köln, der fast 50 000 Betriebe des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes angehören, befaßte sich in ihrer Hauptversammlung in Goslar mit den wichtigsten, das Gewerbe betreffenden Fragen und erhob schärfsten Einspruch gegen die geplante Sozialisierung und Kommunalisierung weiterer Zweige der Privatwirtschaft, insbesondere des Transport- und Verkehrsgewerbes, da die Kosten für die Ablösung von der gesamten Bürgerschaft getragen werden müßten. Auch würde die Sozialisierung des Transport- und Verkehrswesens einen gewaltigen Rückschritt auf diesem Gebiete bedeuten. Weiter wurde an den mit staatlichen Mitteln an vielen Orten eingerichteten Kraftverkehrsämtern und Kraftverkehrsgesellschaften Kritik geübt, deren Leistungen in keinem Verhältnis zu den Entloohnen ständen.

Rundschau im Auslande.

Der Sälserrat hat den Anschluß Borsbergs an die Schweiz abgelehnt.

Wie die „Times“ meldet, kündigen drei britische Schifffahrtslinien an, daß ihre Dampfung Ladung nach Hamburg, Bremen und Rotterdam nehmen.

Der rumänische Kronprinz, der kürzlich wegen einer bürgerlichen Heirat gemahnt wurde, hat sich zu den im Oktober stattfindenden Parlamentswahlen als sozialdemokratischer Kandidat aufstellen lassen. Der Kronprinz reist jetzt an die russisch-rumänische Front, um dort antimonarchische Reden zu halten.

Ein Dekret der portugiesischen Regierung setzt die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland auf den 2. Dezember fest.

Oesterreich: Keine Milderungen für Deutsch-Oesterreich.

Wie der amtliche Lagebericht mittelt, enthält der vom Obersten Rat angenommene Text des Friedensvertrages mit Oesterreich in territorialer Hinsicht keine wesentlichen Veränderungen. Das Begleit Schreiben stellt den Grundsatz der Verantwortlichkeit Oesterreichs an diesem Kriege auf und verweist auf das Entstehen des Konfliktes sowie auf die Rolle, die dabei die Habsburger spielten. Dies sei der einzige Grund, warum die Alliierten mit Oesterreich nicht den gleichen Vertrag schließen wollten, wie mit den anderen, aus der Doppelmonarchie entstandenen Staaten. Dagegen seien sich die Alliierten der Tatsache bewußt, daß die Oesterreich angehörenden territorialen Ausdehnung und geringen Bevölkerung, die kaum 6 Millionen erreicht, in ökonomischer und finanzieller Hinsicht helfen müßten. — Die Annahme des Friedensvertrages in der am kommenden Sonnabend stattfindenden Nationalversammlung gilt als gesichert, da die Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten dafür stimmen, während die große deutsche Vereinigung sowie die Vertreter der Länder, von denen Gebiete abgetrennt werden müssen, gegen den Vertrag stimmen werden.

Rumänien: Der rumänische Raubzug in Ungarn.

Die britischen und amerikanischen Generale, die sich im Auftrage der Entente in Budapest befinden, besuchten mehrere Orte, aus denen Verschleppungen von Material durch die rumänischen Soldaten gemeldet wurden. Ihr erster Besuch galt den Zentrallagerstellen des medizinischen Dienstes in Budapest. Aus diesem Depot wurden Waren im Gesamtwert von etwa 100 Millionen Kronen entfernt. In Fabriken wurden die Maschinen entfernt und dadurch etwa 4300 Personen arbeitslos gemacht. Aus dem Zentraldepot des Ministeriums für Post und Telegraphie haben die Rumänen die Uniformen und andere Kleidungsstücke des Postpersonals gestohlen und weiter die Maschinen und Apparate so beschädigt, daß von einer Wiederherstellung des telegraphischen und telephonischen Dienstes vorläufig nicht die Rede sein kann. — Die Pariser Ausgabe der New York Tribune meldet aus Budapest, daß die Rumänen, sobald die Eisenbahnbrücke wieder in Ordnung ist, sich 40 bis 50 Kilometer hinter Budapest zurückziehen werden.

England: Rückkehr zum Affordlohn.

Die Schwierigkeiten im englischen Kohlenbergbau sind so gut wie beseitigt, da die Arbeiterführer eingesehen haben, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar sind. Grace, der Führer der Bergleute in Südwales, empfiehlt, wieder zur Affordarbeit überzugehen. Des weiteren haben die in den Stahlwerken tätigen Arbeiter die Forderung nach der 44stündigen Arbeitswoche endgültig aufgegeben.

Vereinigte Staaten: Das neue Einwanderungsgesetz.

Das Gesetz für die Einwanderung enthält folgende Punkte: Jeder Einwanderer kann, nachdem er ein Jahr in den Vereinigten Staaten gelebt hat, ausgewiesen werden, wenn er nicht die Absicht bekannt gibt, amerikanischer Bürger zu werden, bezw. wenn er nach einem Jahr nicht von einem Richter, amerikanischer Bürger zu werden, Gebrauch gemacht hat. Alle fremden Auswanderer müssen sich alle sechs Monate beim Arbeitskommissariat melden. Mit Ausnahme der Angestellten fremder Regierungen müssen alle Einwanderer Pässe haben, die von den amerikanischen Konsularbehörden visiert sind, bevor sie ihr Vaterland verlassen. Das Visum wird ihnen nur erteilt, wenn sie die Absicht aussprechen, amerikanische Bürger zu werden. Jeder, der diese Erklärung abgibt, muß sofort englisch lernen. Einwanderer, die Amerika wieder verlassen, ehe sie amerikanische Bürger geworden sind, werden künftig nicht mehr zugelassen, es sei denn, daß sie Amerika nur mit einem von der Regierung genehmigten Urlaub verlassen haben.

Deutscher Evangelischer Pressetag in Dresden.

Als eine Art Auftakt zu dem mit Spannung erwarteten deutsch-evangelischen Kirchentag kann der evangelische Pressetag betrachtet werden, den der Evang. Pressenverband für Deutschland in Verbindung mit dem Verband der deut-

schon evangelischen Sonntagspresse für den 31. August nach Dresden einberufen hatte. In statlicher Zahl waren die Schriftleiter und Herausgeber der kirchlichen Presse aus ganz Deutschland, sowie Vertreter der auf evangelischem Boden stehenden Tagespresse zugegen. Der Tagung ging ein besonderer Gottesdienst voraus, in dem Oberkirchenrat D. Cordes-Leipzig die auf die Pressearbeit eingestimmte Predigt über Römer 12, 11, 12 hielt. Die Verhandlungen wurden eröffnet und geleitet von Oberpräsident a. D. Dr. v. Hegel-Berlin. Zur Verhandlung stand die Frage: „Welche Aufgaben stellt die entscheidungsvolle Zeit der evangelischen Pressearbeit?“ Direktor Hinderer führte dazu aus, daß die evangelische Presse in ihrer Mannigfaltigkeit in Deutschland unübertroffen sei. Schon vor dem Kriege habe man die gesamte Auflage der evangelischen Presse Deutschlands auf rund 8 Millionen geschätzt, während die Sozialdemokratie auf dem letzten Weimarer Parteitag die ihrige mit 2 Millionen Gesamtauflage angab, und die katholische etwa 4 Millionen Leser umfaßt. Auf dem Gebiet des Flugblattwesens würden die Leistungen der evangelischen Kirche weder von denen der katholischen noch von denen der Sozialdemokratie übertroffen. Dazu komme noch der bis in einzelne ausgebaute Dienst, den die evangelische Kirche neuerdings an der Tagespresse leistet. Warum aber kommt es trotz dieser gewaltigen Pressearbeit nicht zu einer Machtwirkung? Aus drei Gründen: Das Fehlen des Willens zur Macht, die Zersplitterung und der Mangel an Führung auf evangelischer Seite. Darum müsse vor allem größere Gemeinsamkeit auf dem Gebiete der evangelischen Pressebestrebungen herrschen. Der Evangelische Pressetag, zu einer regelmäßigen Einrichtung ausgebaut, könne nach dieser Richtung sehr segensreich wirken und der evangelischen Öffentlichkeitsarbeit schon durch sein bloßes Dasein wertvolle Dienste leisten. — Vom Gesichtspunkt der Sonntagspresse aus nahm hierauf Pastor Lindemann-Odenburg das Wort zum Hauptthema, vom Gesichtspunkt der Gemeindeblattpresse Superintendent Kiese-Weida, während Schriftleiter Schindowski von der „Tägl. Rundschau“ in Berlin es vom Standpunkt der Tagespresse beleuchtete. Presse und Protestantismus, so führte dieser aus, gehören zusammen, sie sind beide aufeinander angewiesen. Die Tagespresse erwarte von der evangelischen Kirche dringend eine klare Stellung zu den wichtigen sittlichen und religiösen Fragen der Gegenwart, und wie neuerdings die Regierungsstellen sich darum bemühen, der Presse klare Unterlagen zur Beurteilung von politischen und wirtschaftlichen Fragen zu geben, so müßten es auch die maßgebenden kirchlichen Stellen für ihr Gebiet tun. Im Anschluß an diese Ausführungen beschloß der Pressetag einen Antrag an den Evangelischen Kirchentag zu richten, dieser wolle den Kirchenausschuß bitten, sich in Verbindung mit dem Evangelischen Presseverband für Deutschland der evangelischen Pressearbeit in weitestem Umfange anzunehmen und zu diesem Zwecke einen besonderen Ausschuß bilden. — Ferner wurde beschlossen, den Evangelischen Pressetag zu einer dauernden Einrichtung in Gestalt von Wanderversammlungen zu machen. Auch ward zur Vorbereitung des nächsten Pressetags ein Ausschuß eingesetzt.

exp. Die Deutsche Evangelische Kirchenkonferenz trat am Sonnabend in Dresden zu ihrer 38. Tagung zusammen. Ihre Beratungen galt vornehmlich der Vorbereitung des vom 1. bis 5. September gleichfalls in Dresden tagenden Deutschen Evangelischen Kirchentages, in dem sich die Vertreter des Kirchenregiments, der Synoden und der freien kirchlichen Vereine nebst Vertretern der evangelisch-theologischen Fakultäten, Religionslehrer und sonstige führende Persönlichkeiten des evangelisch-kirchlichen Lebens zu gemeinsamer Beratung zusammenfinden.

Verchiedenes.

Die falschen Papiere sind zurzeit immer noch in ganz beträchtlichen Mengen im Umlauf. So wurden auf dem Dresden er Hauptpostamt an einem einzigen Schalter und wenigen Dienststunden eines Beamten für 850 Mark falsche 50 Mark-Scheine in Zahlung gegeben. Zur Aufklärung für die Öffentlichkeit möge kurz auf die hauptsächlichsten Kennzeichen der echten und auf die häufigsten Mängel der falschen Scheine aufmerksam gemacht werden. Bei Fälschungen handelt es sich immer um die von der Reichsbank am

30. November 1918 herausgegebenen Scheine mit breitem, braunem, rahmenähnlichem Rande. In allererster Linie erkennt man einen guten Schein am Wasserzeichen. Dieses besteht bei einem solchen aus verschobenen Quadranten (Romben) in Verbindung mit Kreisen. Bei nachgemachten Papieren fehlen gewöhnlich die Kreise. Auf der Vorderseite muß parallel zum braunen Rahmenrande ein schmaler blauer Streifen und daneben ein etwas breiterer blaßblauer Streifen laufen. Bei gefälschten Scheinen wird die braune Umrahmung gewöhnlich nur von einem, und zwar etwas dunkler blauen Streifen umgeben. Die auf der Rückseite rotgedruckte Zahl kann sechs- oder siebenstellig sein. Ist sie siebenstellig, so muß die erste Ziffer eine Null sein, dies ist jedoch bei falschen Scheinen nicht der Fall. Der auf der Rückseite befindliche Streifen mit Schleiße, sowie der Durchdruck des braunen Rahmens müssen deutliche, keinesfalls verschwommene Schattierungen aufweisen. Ein weiteres besonderes Kennzeichen für gute Scheine sind die kleinen weißen Sternchen innerhalb der auf der Vorderseite aufgedruckten Zahl „50“. Dieselben müssen scharf hervortreten und dürfen nicht in der gleichen bläulichen Färbung wie die Zahl selbst erscheinen.

Die Millionenbuße für Sergeant Mannheim von privater Seite zur Verfügung gestellt. Wie wir bereits mitteilten, hat Deutschland in Ausführung der von Frankreich für die Ermordung des Sergeanten Mannheim geforderten Sühne nicht nur die 100 000 Mark für die Familie des Getöteten bezahlt, sondern auch die fernerhin als Buße der Stadt Berlin verlangte eine Million in Gold bereits an die französische Regierung abgeliefert. Die französische Regierung hat dann ihrerseits beschlossen, das Geld dem Internationalen Roten Kreuz zur Verteilung an verschiedene Gesellschaften zu bestimmen, die sich mit der Hilfe für Verwundete befassen. Von amtlicher Stelle wird nunmehr diese Verteilung vollzogen, und zwar mit einer interessanten Einzelheit: Die eine Million Mark in Gold sind der Regierung von privater Seite angeboten worden. Die Regierung hat sie angenommen und in der Tat alsbald an die französische Regierung abgeliefert, allerdings hat sie dabei betont, daß sie grundsätzlich auf dem Rechtsstandpunkt stehe, daß diese Sühne der Stadt Berlin keineswegs begründet ist.

Ministerpräsident Hirth liest an der Universität. Der preussische Ministerpräsident Hirth wird in dem nächsten Wintersemester an der Berliner Universität eine Reihe von Vorträgen über kommunalpolitische Probleme halten. Außerdem wird in der Reihe der Gastvorträge, die der Ausschuss für Gastvorträge veranstaltet, der frühere deutsch-österreichische Gesandte Prof. Dr. Leo M. Hartmann, der ja Historiker von Fach ist, über den Untergang der antiken Welt sprechen.

Verkauf von Westerland-Schliff. Die gesamten Hämmer von Westerland-Schliff sollen, der „Neuen Hamburger Btg.“ zufolge, an ein Stockholmer Konfitorium verkauft werden. Verkaufsverhandlungen sind im Gange. Die neuen Hämmer werden somit schwedisch werden. Wyl auf Föhr ist in Gefahr, infolge der Abkündigung an Dänemark zu fallen. Alle zurzeit dort weilenden Kurgäste haben jetzt die Erklärung abgegeben, die Insel Föhr, falls sie dänisch wird, nie wieder zu betreten.

Kleine Nachrichten.

- Der Streit in den Papier-, Papp- und Holzstofffabriken im Riesengebirge ist dem „Voten aus dem Riesengebirge“ zufolge beigelegt.
- In Ludwigshafen wurde in fast allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem von den 17 verhafteten Post- und Bahnbeamten alle bis auf einen wieder entlassen worden sind.
- Die Stadt Bielefeld trat in Verhandlungen mit amerikanischen Interessenten, wegen Aufnahme einer Anleihe von einer Million Dollars in Dollarumschreibung, für die Nahrungsmittel bezogen werden sollen.
- Der Hamburger Fischdampfer „Möwe“ ist vermutlich infolge Zusammenstoßes mit einer Mine gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.
- Das zwischen Grenoble und Grande-Chartreuse verkehrende Postauto blieb an einem Uferabhang in den Bäumen hängen. Sämtliche Reisende stürzten in den Fluß. Vier ertranken, siebzehn wurden mehr oder minder schwer verletzt.
- Bischof Frigen in Straßburg i. El., dessen Rücktrittsgesuch vor kurzem vom Papste genehmigt wurde ist infolge schwerer Krankheit. Bei seinem hohen Alter ist mit seinem Ableben stündlich zu rechnen.
- Das Theater Theater, eine wichtige Kulturstätte Deutsch-Schlesiens, ist Sonntag nacht ein Raub der Flammen geworden.

Volkswirtschaftliches.

Die Folgen des Kohlenmangels. Von den dieser Tage angekündigten Arbeiterentlassungen bei der Dortmunder Union werden hauptsächlich solche Betriebe des Werkes betroffen, in denen die Beschäftigung während der Wintermonate in der Regel nachläßt. Zunächst werden 2000 Arbeiter entlassen. Die Direktion des Eisens- und Stahlwerks Hoesch gibt bekannt, daß das Werk infolge Kohlenmangels sich gezwungen sehe, bis auf weiteres Feierschichten einzulegen. — Die Hoesch-Werke in Bielefeld, die der Ravensberger Spinnerei stellte den Betrieb wegen Kohlenmangels ein. 300 Personen wurden arbeitslos. — In der Angelegenheit der Schließung der Automobilfabrik H. Büssing in Braunschweig ist jetzt vom staatlichen Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden. Danach soll die Firma Büssing solange berechtigt sein, ihren Betrieb stillzulegen, wie die Rentabilität des Unternehmens durch Verweigerung der zeitgemäßen Arbeitskraft gefährdet wird.

Die Gratarbeiten haben, wie wir dem Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrates entnehmen, in letzter Woche kräftige Fortschritte gemacht, sodaß sie in großen Teilen des Reiches erledigt sind. Im Norden und Osten sind indessen noch beträchtliche Mengen auf dem Felde. Für Roggen, Weizen und Gerste sind nunmehr die Früher druckprämien festgesetzt worden, und zwar betragen sie für Lieferungen bis 30. September einschließlich 150 M. für die Tonne, und für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober einschließlich 75 M. Für bereits erfolgte Lieferungen wird die Prämie nachgezahlt. Im freien Hafergeschäft gingen die Preise zum Beginn der Woche infolge gemäßigten Angebots und größerer Vorsicht der Käufer noch weiter zurück, so daß sie gegenüber dem Stande, auf welchem sie vor acht Tagen einsetzten, zirka 10 Proz. verloren hatten. Hierzu verstärkte sich aber wieder die Nachfrage, weil die bisherigen Anschaffungen nur dem laufenden Bedarf gedient hatten, während das erhebliche Angebot wegen der Dringlichkeit der Feldarbeiten und weil eine ganze Reihe von Kreisen bis zu Erledigung der Umlage für die Haferausfuhr gesperrt war, nicht unerheblich nachließ.

Letzte Nachrichten.

Die Rückkehr unserer Gefangenen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den ersten 2000 Kriegsgefangenen, die aus englischer Hand in Frankreich eingetroffen sind, ist der erste Transport von 1000 Mann in das Lager Meschede übergeführt worden, die zweiten tausend Mann wurden in das Lager Gießen gebracht. Da der Oberste Rat der englischen Regierung die Genehmigung zur Leerung des Lagers von Etaples erteilt hat, in dem 5000 deutsche Kriegsgefangene sich befinden, werden in den nächsten Tagen weitere Transporte dieser Gefangenen stattfinden. Man scheint aber diesen Fall als einen Sonderfall betrachten zu müssen und keine weitgehenden Hoffnungen an ihn knüpfen zu dürfen.

General Fajolle über die pfälzische Frage.

Der stellvertretende Pfälzer Regierungspräsident von Klingenberg hatte eine Audienz bei General Fajolle, in deren Verlauf sich der General über die pfälzische Frage dahin äußerte, sie sei eine rein deutsche Angelegenheit, und die Besatzungsbehörden hätten die strengste Neutralität zu bewahren. Ferner bemerkte der General, daß für alle Parteien, ohne Unterschied der Richtung, vollkommene Freiheit gewährleistet würde, sich über die pfälzische Frage in Wort und Schrift, Versammlung und Presse auslassen zu können. Schließlich hat der General, daß die obersten Verwaltungsbeamten der Pfalz der in weiten Kreisen herrschenden Meinung um die Zukunft der Pfalz, ihre Rechte und freie politische Betätigung entgegengetreten müßten. General Fajolle hat für seine Heeresgruppe angeordnet, daß sich alle Offiziere der Besatzungsarmee jeder politischen Tätigkeit zu enthalten hätten.

Eine neue Regierung in Ungarn.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest meldet, ist die Bildung einer neuen Regierung in Budapest so gut wie vollendet. An der Spitze steht Ministerpräsident Heinrich. Es sollen mehrere Sozialdemokraten in diese Regierung eintreten.

Für den Inhalt verantwortlich: W. H. a. a. Bethel. — Druck und Verlag: Druckermeister bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schleichstr. 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Reichsdruckerei, Bielefeld, Fernruf 74, Amt Bielefeld. Bielefeld-Telefon 7382 Hannover.

Kaufe nur Freitag, d. 5. Septbr., von 10-5 Uhr

Alle Gebisse auch zerbrochene Teile

im Hotel Deutsches Haus, Zimmer 1. Etage.

Zahle pro Zahn bis 1, 3 und 6 Mark.

In Gold und Platin **höchste Tagespreise.**

Frau Tschackert.

Die Uhr der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.

Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller sachmännlicher Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

Hilf. Kremeyer, Gerford, Radewigerstraße 13.

Uhrmacher und Goldschmied.

Antiquitäten in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Evangel. soziales Frauenseminar der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Vollendetes 20. Lebensjahr. Wichtigste Zeugnis eines Zyklus: der Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

Der Christlich-nationale Verein o. V. Sitz Bielefeld

Begleitet die Förderung der Volksehrbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitssamen Kreisen zugänglich machen zu können.

Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig**, Dozent an der evangelisch-logischen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens

ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an **Pastor D. Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Der Deutsche Entenpeler-Orden (1867)

verbindet alle Entenpeler auf dem Gebiet christlicher Bruderschaft, mit einer Welt aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und bittet alle an, allen Verlockungen aus der Welt zu widerstehen. Sehr gewinnreiche Ausbeute erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Berriffene Strümpfe.

Baum-, Baumwoll-, Seiden-Flachs werden schnellstens repariert bei

M. Jungblut

Altstädter-Straße 20.

Stellen-Angebote

haben im „Aufwärts“ sehr oft Erfolg.